

3348/J XXI.GP

Eingelangt am: 31.01.2002

ANFRAGE

der Abgeordneten Oberhaidinger
und GenossInnen
an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit
betreffend Mängel bei der Stromkennzeichnung in Österreich

Kritik wird immer wieder, insbesondere vom Konsumentenschutz- und Umweltorganisationen, hinsichtlich der mangelhaften Kennzeichnung von Strom gemäß Elektrizitätswirtschaftsorganisationsgesetz geübt. Dies betrifft insbesondere den Atomstromanteil, der häufig als Importstrom bezeichnet wird.

Die Desinformation der Konsumenten setzt sich auch im Rahmen der allgemeinen Informationspolitik der Unternehmungen fort. So weisen etliche Versorgungsunternehmen viel zu geringe Atomstromanteile aus und behaupten ihren Tarifikunden gegenüber, keinen oder fast keinen Atomstrom zu verkaufen.

Im Sinne einer glaubhaften Anti-Atom-Politik Österreichs und zur Förderung erneuerbarer Energien ist in jedem Fall eine volle Transparenz hinsichtlich der Stromkennzeichnung in Österreich einzufordern.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an den Bundesminister für Wirtschaft und Arbeit nachstehende

Anfrage:

1. Wie beurteilen Sie als zuständiger Bundesminister den Wahrheitsgehalt der derzeitigen Stromkennzeichnung in Österreich?
2. Welche Maßnahmen werden Sie setzen, um eine transparente Stromkennzeichnung in Österreich durchzusetzen?
3. Halten Sie es nicht im Rahmen des Wettbewerbsrechts für unerlässlich, die von Bundesland zu Bundesland recht unterschiedlichen Regelungen, auch aus Gründen - des Wettbewerbsrechts durch eine bundeseinheitliche zu ersetzen?

4. Werden Sie einen dementsprechenden Vorschlag für eine Änderung des Elektrizitätswirtschaftsorganisationsgesetzes dem Nationalrat vorlegen?